

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
www.bund-niedersachsen.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



27. Mai 2014

Fracking bleibt Fracking – Umweltverträglichkeitsprüfung reicht nicht aus

Die Niedersächsische Landesregierung hat heute beschlossen, eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel, für die Erdgasgewinnung mit dem sogenannten Fracking-Verfahren künftig Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzuschreiben. Gleichzeitig hat sie die in Niedersachsen zuständige Genehmigungsbehörde, das LBEG, per Erlass angewiesen, Fracking zur Gewinnung von Schiefergas derzeit nicht zu genehmigen.

Dem BUND Niedersachsen geht das nicht weit genug. „Das ist eine Beruhigungsmaßnahme für die Bürgerinnen und Bürger, die wissen, dass durch Fracking ihr Grundwasser – und damit eines der wertvollsten Lebensmittel – gefährdet werden kann“, sagt Stefan Ott, stellvertretender Landesgeschäftsführer des Verbandes. „Auch bei der Gewinnung von Gas aus Sandsteinschichten, sogenanntes Tightgas, werden viele Kubikmeter Wasser mit bis zu 700 bar Druck in den Untergrund verpresst, die bisher mit einer Mischung an giftigen Stoffen versetzt sind. Dies will die Landesregierung weiterhin genehmigen.“

Der BUND hält die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht für ein geeignetes Mittel, die Niedersachsen vor den Risiken des Fracking ausreichend zu schützen. „Eine Prognose möglicher Umweltschäden durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung kann nur so gut und so sicher sein, wie wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus bereits durchgeführten Projekten vorliegen. In Niedersachsen wird zwar seit über 30 Jahren gefracked, die Umweltfolgen wurden aber bislang in keinem einzigen Fall gezielt kontrolliert“, sagt Ott. Es reicht dem BUND nicht aus, dass bei der Standardüberwachung bisher im Trinkwasser in Niedersachsen noch keine Giftstoffe aufgetaucht sind. Aufgrund der Tiefe, in welche die Gifte beim Fracking verpresst werden, kann es Jahrzehnte dauern, bis die Stoffe im Trinkwasser ankommen. „Aber dann ist es zu spät, denn was in die Tiefe verpresst worden ist, kann nicht mehr zurückgeholt werden“, so Ott.

Der BUND appelliert an die Landesregierung, auf die Fracking-Methode gänzlich zu verzichten – zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und zum Wohl nachfolgender Generationen. Gegen die wirklich konventionelle Gasförderung – ohne Fracking – hat der Verband nichts einzuwenden.

Rückfragen zum Thema an:

Dr. Stefan Ott
Stellvertretender Geschäftsführer
BUND Landesverband Niedersachsen
Tel. (0511) 965 69 - 13
E-Mail: stefan.ott@nds.bund.net

Pressekontakt:

Thomas Mura

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BUND Landesverband Niedersachsen

Tel. (0511) 965 69 - 31

E-Mail: thomas.mura@nds.bund.net

Internet: www.bund-niedersachsen.de

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit mehr als 460.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern der größte Umweltverband Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 33.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.